

Hummer

in kleiner Urlaub, ein bisschen Italien im Sepbisschen Italien im Sep-tember – ach schön. In unserem Hotel wohnte, was sag' ich: logierte auch ein Ehe-paar aus Holland. Er: pensionierte Stadtdirektor, sie: um einiges jünger und aus Russ-land stammend, er: betont gen-tlemanlike gekleidet, sie: eine Diva, Gestern rotes Kleid, rote Tasche, roter breitkrempiger Hut, heute: grünes Kleid, grüne Tasche, grüner weitschweifi ger Hut, morgen: gelbes Kleid, gelbe Tasche, gelber riesen-formatiger Hut, das Kleid je-weils dekolletiert bis zum ... Sie konnte sich's leisten, und das wusste sie natürlich. Schweb-te sie ein, hielt das Restaurant den Atem an. Mit dem etwas langweiligen Frühstücksbuffet hatten die beiden ein Problem. Eines Tages erzählten sie uns zufrieden, der Kellner habe ihnen heute Morgen Hummer serviert. Meinen Hut hatte ich leider nicht mitgenommen.

Leute, Leute



Die Klassensprecher der Diesterweg-Sekundarschule haben kürzlich Steffen Hoffmann zu ihrem Sprecher gewählt. Der Zehntklässler wird ab sofort die Interessen der Schülerschaft vertreten und Hauptansprechpartner für die Schulleitung und die Lehrer sein, wie Lehrerin Claudia Ost mitteilt. Steffen Hoffmann ist aktiver Fußballer beim BSC Stendal, ein weiteres Hobby ist Schwimmen. Er ist gut in Mathe und möchte gern Polizist werden. Seine Stellvertreterin ist Eva Heidemann aus der 8b. Ihr Hobby sind Pferde (auf dem elterlichem Hof in Nahrstedt gibt es 16 eigene Tiere), und ihr Berufswunsch ist Logopä

Lokalredaktion



Welche Themen sollen wir aufgreifen? Rufen Sie bis 12 Uhr a

Sibylle Sperling
(0 39 31) 6 38 99 58

Tel.: (0 39 31) 6 38 99-99, Fax: -88 Hallstraße 51, 39576 Stendal, redaktion.stendal@volksstimme.de

Leitender Regionalredakteur: Marc Rath (mr, 0 39 31/6 38 99 25) Altmark-Reporter: Thomas Pusch (tp, 0 39 01/83 88 30) Gesamtredaktionsleitung Kreis Stendal: Frank Eckert (fe, 0 39 31/6 38 99 21)
Redaktion S** U 39 31/0 38 99 21)
Redaktion Stendal: Egmar Gebert
(ge, 0.39 31/6 38 99 26), Nora Knappe
(nk, -28), Volker Langner (vl, -24),
Reinhard Opitz (ro, -23)
Anzeigen: Tel: 0.39 1 - 59 99-9 00 anzeigen@volksstimme.de Ticket-Hotline: Tel.: 01805 - 12 13 10** Service Center: Hallstraße 51, 39576 Stendal

(** € 0,14 pro Anruf aus dem dt. Festnetz, max. € 0,42 /Min)

Keine Zeitung im Briefkasten? Tel.: 03 91 - 59 99-9 00 vertrieb@volksstimme.de



Künftig freiwillig in den Knast – Nachkriegsanbauten fallen

Gestern ist er gefallen - der Mitte der 1980er Jahre entstandene Anbau an das historische Gefängnisgebäude in der Hallstraße (davor ein regennasses Autodach). Der Abriss erfolge weniger aus Überlegungen der Rendite, zu-mal es sich um eine solide Grundsubstanz handele, son-

dern um einen städtebaulichen Missstand zu beseitigen, heißt es von Seiten des Bauherrn, der den Umbau des Knastes zu Wohnungen in Angriff genommen hat. Die Abteilung Kultur des damaligen Rates des Kreises hatte 1985 bei der Magdeburger Bezirksbehörde der Volkspoli-

zei sogar gegen den Bau protestiert, weil er das Stadtbild verletzte - allerdings vergebens. Nun wird der Blick zum Dom an dieser Stelle wieder hergestellt. Nach dem Abriss soll der Giebel des Gefängnisgebäudes seine neugotische Form zurück bekommen. Foto: Susanne Moritz

Richter: Selten war ein Fall so klar wie dieser

Nachbarschaftsstreit: Rentnerin muss wegen 143-facher Beleidigung 3000 Euro Strafe zahlen

Das Landgericht Stendal hat gestern eine Rentnerin aus einem Stendaler Ortsteil wegen Beleidigung ihrer Nachbarn in 143 Fällen zu 3000 Euro Geldstrafe verurteilt.

Von Wolfgang Biermann Stendal • Ein Nachbarschafts streit, der schon seit 1997 in dem 700-Seelen-Dorf nahe Stendal schwelte, dessen Ursache wohl nie mehr geklärt werden kann und der in Beleidigungen primitivster Art gipfelte, hat sein (vorläufiges?) Ende gefunden. Mit ihrem gestrigen Urteil bestätigte die Berufungskammer unter Vorsitz von Richter Gundolf Rüge nach fast fünf stündiger Sitzung ein im Juli vom Amtsgericht ausgesprochenes Urteil.

"Selten war ein Fall so klar

wie dieser", sagte Rüge in der Urteilsbegründung. Angesichts der Sachlage sei sogar eine "ge-ringe Freiheitsstrafe gegen die uneinsichtige Angeklagte vertretbar gewesen". Es habe aber das sogenannte Verschlechte-rungsverbot gegolten, weil nur die 66 Jahre alte Rentnerin und nicht auch die Staatsanwaltschaft Rechtsmittel gegen das erstinstanzliche Urteil eingelegt hatte. Sichtlich erleichtert nahmen die anwesenden und als Zeugen zuvor gehörten bei-den wohlsituierten Hauptopfer das Urteil zur Kenntnis.

Schier unglaublich, was Richter Rüge an umfangrei-chen Details aus dem Amtsgerichtsurteil verlas. Auf Einzelheiten dieser Anfeindungen soll hier verzichtet werden. Nur soviel: Es ging auch um den Sohn der Nachbarn, der als Kleinkind einen Unfall erlitt und seitdem ein körperliches

Handicap hat. Auf übelste Art beschimpfte die zweifach vorbestrafte Rentnerin laut Anklage den Jungen, wie auch ein weiteres Kind, inzwischen Lehrling, und auch die Eltern. Die hatten auf Ratschlag einer Staatsanwältin acht Monate über die Beleidigungen akribisch Buch geführt. Aus Angst vor den verbalen Attacken hat-ten sie sogar eine zweite Garage auf ihrem Grundstück errich tet, um den Anfeindungen zumindest teilweise zu entgehen.

Tochter war mitangeklagt

Vor dem Amtsgericht mit-angeklagt war die Tochter der Angeklagten. Der Richter dort hatte die 41-Jährige zu 450 Euro Geldstrafe verurteilt. Ihr wurden "nur" 19 Beleidigun-gen vorgeworfen. Die Berufung dagegen hatte diese aber am Dienstag überraschend zu-rückgenommen.

Die nunmehr allein verbliebene 66-Jährige schwieg zur Anklage, tat aber in der Beweisaufnahme mehrfach durch laute Rufe in Richtung Opfer ihr Missfallen kund, "Noch ein Zwischenruf, dann gibt es eine Ordnungsstrafe", ermahnte Rüge die unbotmäßige Rentnerin. Zuvor hatte er in einer vorläufigen Stellungnahme die Aussichtslosigkeit der Berufung klarzumachen versucht vergeblich. Er verlas die vor dem Amtsgericht gemachten, überwiegend belastenden Aussagen von zehn Zeugen, bevor die Eltern selbst in den Zeugen-stand traten. Demnach haben sie schon vor Jahren in einem Schlichtungsverfahren Frieden mit ihrer Nachbarin gesucht. Die habe sich aber nicht an die ausgemachten Vereinba-

rungen gehalten und weiter "Ich möchte einfach, dass es

aufhört", sagte der Ehemann als Zeuge entnervt. Und auch bei seiner Ehefrau hat der Zwist, für den beide keine Er-klärung haben, im Laufe der Jahre Wirkung gezeigt. An-fänglich hätten sie zurückge-rufen, aber das täten sie schon lange nicht mehr. Sie selbst haben Strafanzeigen der Angeklagten am Hals

Primitiv und niveaulos

"Das geht auf keine Kuhhaut." Als primitiv und niveaulos bezeichnete der Staatsanwalt die angeklagten Taten. Das Gericht hegte im Urteil "keine Zweifel an der Schuld der An-geklagten" und verwarf deren Berufung.

"Die Zukunft wird spannend", blickte Richter Rüge voraus. "Es nimmt ein böses Ende, wenn Sie nicht aufhören", sagte er zur finster drein blickenden Angeklagten.

Suizidversuch in Gartensparte am **Tornauer Weg**

Stendal (ro) • Ein seit 2011 in Stendal (16) Elli selt 2011 III Stendal lebender Asylbewer-ber aus Afghanistan soll sich am Mittwochabend kurz vor 20 Uhr in einer Gartensparte am Tornauer Weg versucht haben, das Leben zu nehmen. Nach einer Mitteilung der Integrationshilfe Sachsen-Anhalt in Magdeburg habe er sich die Pulsadern aufgeschnitten. "Durch die schnelle Reaktion seiner Kollegen und der Polizei ist er jetzt außer Lebensgefahr und befindet sich in der Psychiatrie Uchtspringe", sagte gestern der stellvertretende Vorsitzende der Integrationshilfe Jan Braune. Der Stendaler Polizeisprecher Fred Mücke bestätigte diesen Fakt auf Volksstimme Nachfrage.

Laut Braune handelt es sich

um einen 17-Jährigen, der im November 2010 als sogenann-ter "unbegleiteter Flüchtling" nach Deutschland gekommer sei, nachdem seine Eltern in Afghanistan "gewaltsam ... zu Tode gekommen" seien. Über die Feststellung seines Al-ters und darüber, dass er bei seiner Einreise 15-jährig und damit minderjährig gewesen sei, liegt er seit Monaten in gerichtlichem Streit mit hiesigen Behörden. Wie Jan Braune berichtet, habe er sich in der vergangenen Woche geweigert. an einer vom Stendaler Amts-gericht festgesetzten medizini-schen Altersfestsetzung in der Rechtsmedizin der Uniklinik Magdeburg teilzunehmen. Da Geburtsurkunde und Bestätigungen der afghanischen Botschaft vorliegen würden, gebe es dafür keine zwingende Notwendigkeit, so Jan Braune.

Ulla Schmidt in Stendal

Stendal (ro) • Um die Frage, ob die soziale Stellung der Eltern ein Gesundheitsrisiko für ihre Kinder darstellen kann, geht es in einer Veranstaltung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stifung am Montag, 15. Okto-ber, im Kleinen Sitzungssaal des Stendaler Rathauses. Als prominente Referentin kündigt die Stiftung die ehemalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt an. An einer Diskussionsrunde werden außerdem Dr. Thomas Lampert vom Robert-Koch-Institut Berlin, Holger Wolter von der Barmer GEK Magdeburg und der Chef-arzt der Stendaler Johanniter-Kinderklinik, Dr. Hans-Peter Sperling, teilnehmen, Die Veranstaltung ist von 18 bis etwa 20 Uhr geplant.

Leserpost

Solange es kein NPD-Verbot gibt, fehlt es an einer Rechtsgrundlage

Zur Berichterstattung vom 1. Oktober über den Nazi-Auf-marsch und die Gegenaktio-nen in Stendal und speziell zur Kolumne "Waren wir mu-tig?" von Nora Knappe:

Vielleicht war Ihre Frage "Waren wir mutig?" am Montag nur rein rhetorisch. Aber als einer von etwa 40 000 Stendalern kann ich als partei- und konfessionsloser Volksstimme-Leser Ihnen schreiben, dass ich am Sonnabend dachte: "Welch ein unwürdiges, geradezu irr-witziges Polit-Theater!" Mutig war in meinen Augen

nur die Gruppe mit der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert, die sich den Nazis per Sitzblockade in den Weg stell-

te. Ganz im Gegensatz dazu die kindlich-naiven Bürger, die glaubten, sie können in der si-cheren Geborgenheit einer Kirche bei Gebet, Gesang und Glo-ckengeläut ein Zeichen gegen Rechts setzen. Was vermochten leidenschaftlich vorgetragene Verse jenes Gedichtes, das auf der Seite 18 wiedergegeben wurde, angesichts der fernab demonstrierenden Rechten zu bewirken? Was konnte jede Rede auf dem Marktplatz mit dem Wunsch nach Frieden gegen die Rechten ausrichten. die sich ein weiteres Mal darüber freuen, dass ihnen eine ganze Volksstimme-Seite 18 gewid met wurde?.

Wieder sind die Rechten stolz darauf, dass ein viel-

könfiges Polizeiaufgebot samt Hubschrauber ihretwegen im Einsatz sein musste. Ob Ihnen und mir das nun passt oder nicht (und ich denke, es passt uns beiden nicht) – sie werden immer wieder marschieren, auch wenn sich ihnen Leute mit Zivilcourage in den Weg stellen und angesichts gewaltbereiter Chaoten aus dem linken und rechten Spektrum ihre Gesundheit aufs Spiel setzen. Dazu die ewigen, kurzlebigen (Polit-)Aktionen aller demokratischen Parteien und Kräfte. die ebenfalls rein gar nichts bewirken und verändern. Das ist auf lokaler Ebene

dasselbe wie im Großen, denn z. B. trotz Greenpeace-Aktionen stirbt der tropische Regenwald

Tag für Tag, werden Wale gefangen, Meere überfischt und Haie verstümmelt, werden trotz hungernder Kinder in der Welt wertvolle Lebensmittel Ressorcen (Mais!) zu Bio-Kraft-stoff. Und das Lied "Ein bisschen Frieden" von Nicole hat seit damals nicht eine Sekunde Waffenruhe eingebracht.

Nein – auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil, sagt ein altes Sprichwort: Ak-tionen, die wirklich etwas be-wirken sollen würsten wirken sollen, müssten mindestens die Dimensionen eines Streiks annehmen, der sich ge-gen die Verursacher und Ver-antwortlichen der angeprangerten Misere richtet.

Zurück zum Wochenende: Mich treibt die blanke Wut um,

ne nicht endlich alles tut, die NPD zu verbieten, damit dem rechten Spuk wirksam begegnet werden kann. Statt dessen fordert sie vom kleinen Bürger "Zivilcourage" ein. Solange es kein NPD-Verbot und damit keine Rechtsgrundlage gibt, sind alle Protest-Aktionen wie die am Sonnabend in Stendal von den Veranstaltern sicher gut gemeint. Aber sie sollten endlich mit wachen Augen erkennen, dass sie mit all ihren Bemühungen immer wieder ins Leere laufen! Schon einmal hat untätige Politik nicht vermocht, die Braunen zu stoppen. Statt aus eben dieser Erfahrung zu lernen, haben die Parteien und ihre Mandatsträger nichts

dass die Politik auf Bundesebe

Besseres zu tun, als sich 24 Stunden lang "wahlgerecht" ins rechte Licht zu rücken und allen alles zu versprechen. Zwischen den Wahlen kümmert sich kein Politiker um "sein" Wahlvolk, dem er vor jeder Wahl aufs Neue das Blaue vom

Wahi aufs Neue das Blaue vom Himmel verspricht. "Schön, das wir mal darüber gesprochen haben", ist das ein-zige, was übrig bleibt. Und dazu der Frust und die Ohnmacht, nichts ändern zu können. Aus genau diesen Gründen blieben am Wochenende die etwa 40.000 Stendaler zu Hause... Wolfgang List, Stendal

 Den kompletten Leserbrief finden Sie unter www.volksstim-